

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 8 86 845 ppbn  
Telefax: (0228) 9 15 20-12

## Inhalt

Oskar Lafontaine bewertet das "wirtschaftspolitische Aktionsprogramm" der Bundesregierung: Politischer Aktionismus vor Wahlen.

Seite 1

Gernot Erler MdB analysiert den Rücktritt von Jegor T. Gajdar: Reformen ohne Reformer?

Seite 2

Peter Conradi MdB nennt Fakten zur Versachlichung der Umzugs-Diskussion: Kostenschätzung für Berlin überhöht.

Seite 3

Hans Kolo MdL fordert ein ökologisches Umdenken: Rohstoff-Verschwendung darf nicht billiger als Recycling sein.

Seite 4

### Dokumentation

Mit strukturellen wirtschafts- und sozialpolitischen Themen haben sich der Landesvorstand der SPD in Schleswig-Holstein und der IG Metall Bezirk Küste befaßt: Die Zukunft liegt nicht in einer Dienstbotengesellschaft.

Seite 5

Neue Adresse seit 1.1.1994

Schumannstr. 2b  
53113 Bonn  
Postfach 190167  
53037 Bonn

49. Jahrgang / 13

19. Januar 1994

### Politischer Aktionismus vor Wahlen

Mit Ihrem "wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm" wird die Koalition den Erfordernissen nicht gerecht

Von Oskar Lafontaine

Stellvertretender Parteivorsitzender

Wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der SPD

Das gestern von der Regierungskoalition beschlossene Aktionsprogramm ist unzureichend um einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Staatsverschuldung zu verhindern. Dieses Programm ist kein längerfristig orientiertes Konzept zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zur Sanierung der Staatsfinanzen. Deshalb ist dieses Aktionsprogramm zu Recht als politischer Aktionismus vor Wahlen zu kritisieren.

- Statt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu verbessern, mißbraucht die Koalition auch bei dieser Streichrunde den Forschungsetat als Steinbruch und setzt damit die jahrelange Vernachlässigung von Forschung, Entwicklung, Bildung und Wissenschaft fort.
- Statt die steuerlichen Rahmenbedingungen der Unternehmen für Zukunftsinvestitionen unverzüglich zu verbessern, kann sich die Koalition nicht auf ein Steuerkonzept einigen und will deshalb mit der Vorlage ihrer Steuervorschläge bis zum Sommer warten. Wegen dieser Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung verstreicht weitere wertvolle Zeit, die für die Schaffung neuer Arbeitsplätze genutzt werden müßte. Auch die jetzt beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung des Mittelstandes kommen viel zu spät.
- Statt mit einer ökologischen Modernisierung der deutschen Wirtschaft neue Zukunftsmärkte zu erschließen, fehlt dem Aktionsprogramm jede ökologische Dimension. Damit gefährdet die Bundesregierung den Vorsprung, den die deutsche Wirtschaft im Bereich der Umwelttechnologie hat.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn  
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 62,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kreisübergreifende  
umweltschonende  
Kreisläufige  
Kreisläufige  
Kreisläufige



- Statt mit einem mutigen Sanierungskonzept Bürgern und Wirtschaft eine glaubwürdige Konsolidierungsperspektive zu geben, steigt die Staatsverschuldung weiter an. Nach zwölf Jahren Kohl wird die Verschuldung des Bundes um über eine Billion DM angestiegen sein. Damit hinterläßt die christliberale Koalition der nächsten Bundesregierung eine schwere finanzpolitische Erblast.

Jetzt liegt es an den Wählerinnen und Wählern, den Weg freizumachen für die fällige Kurskorrektur in der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(-/19. Januar 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### Reformen ohne Reformer? Nach dem Rücktritt von Jegor T. Gajdar

Von Gernot Erier MdB

Jegor Timurowitsch Gajdar war Erster Vizepremier und gilt im Westen als eine Art Personifizierung der russischen Wirtschaftsreformen. Sein Abgang verbindet sich deshalb mit allerlei skeptischen Betrachtungen über Jelzins Wille und Fähigkeit, den Reformkurs fortzusetzen. So berechtigt solche Zweifel sind - sie sollten nicht an diesem "typischen politischen Spiel" (der russische Wirtschaftswissenschaftler Petrakow über Gajdars Rücktritt) festgemacht werden, zu dem jetzt auch Boris Fjodorow, Finanzminister und Vizepremier, mit seiner Demission beigetragen hat. Dafür gibt es folgende Gründe:

- o Gajdar hatte keinen überzeugenden Anlaß, jetzt das Handtuch zu werfen. Seine Zweifel an der Rubel-Union mit Belarus hat er spät entdeckt. Es sieht eher so aus, daß ihn dieser Grund als harten russischen Egoisten noch in seinem Abgang profilieren sollte. Nicht die Verschlechterung seiner Arbeitsbedingungen haben den Reformchef geleitet, sondern nüchterne Überlegungen zu seiner politischen Zukunft nach der Niederlage seiner Partei "Rußlands Wahl" am 12. Dezember 1993.
- o Gajdars ökonomische Leistungen werden im Westen allzu wohlwollend betrachtet. Es ist schwer zu entdecken, was er eigentlich nach seinem Wiedereintritt in die Regierung im September 1993 politisch vorangebracht hat. Seine Kritiker sagen: gar nichts. Er selbst verweist auf die Bremsung der Inflation, die im Dezember 1993 von 20 auf 12 Prozent sank, was aber zumindest zum Teil auf brutale Mittel der Nichtauszahlung staatlicher Gehälter zurückzuführen ist. Man muß sich nicht gänzlich dem harten Urteil des Moskauer ZEIT-Korrespondenten Christian Schmidt-Häuer anschließen, dessen Kurzportrait so ausfällt: "Der frühere Prawda-Redakteur Jegor Gajdar hat als ein Milton Friedman des unregulierten Kapitalismus eine Reformpolitik betrieben, die wenigen viel brachte, aber vielen alles nahm." Aber diese Bewertung teilten offenbar viele russische Wähler und flüchteten am 12. Dezember in die Arme der Kommunisten oder des Ultra-Chauvinisten Schirinowskij, auf jeden Fall weg von Gajdars im Westen so angesehener Reformpolitik.
- o Man kann nicht erwarten oder gar empfehlen, daß Jelzin nach der Wahlniederlage der Reformparteien in der Dezemberwahl einfach alles so weitermacht wie bisher. Schließlich ist die Popularitätslücke der eingeleiteten Transformationsprozesse ein so gefährlicher Demagoge wie Schirinowskij hineingestoßen, dem es erklärtermaßen um nichts anderes als die ganze Macht geht. Die Empfehlung an Jelzin, seinen Kurs unbeirrt fortzusetzen, widerspricht dem politischen Regelwerk der Demokratie, bei dem der Wähler am Wahntag politische Kurskorrekturen erzwingen kann. Ein "Weiter so" würde außerdem offensichtlich zur

Nichtverhinderbarkeit von Schirinowskij als Jelzin-Nachfolger führen, ist also nicht verantwortbar. Daß Jelzin jetzt die Symbolfiguren ziehen läßt, deren Variante des ökonomischen Umbaus Rekordwerte an Unpopularität erreichten, läßt sich aus dieser Sicht auch ganz anders beurteilen und weniger alarmistisch, als dies die westliche Öffentlichkeit im ersten Durchgang tat.

Es bleibt die Frage, in weissen Hände eine Reformpolitik mit veränderten Methoden und Rhythmen zu legen ist, die nicht jeden Tag den Schirinowskij's neue Argumente frei Haus liefert. Können es die produktionsnahen Pragmatiker Tschernomyrdin, Soskowez und Sawerjucha sein, die ohne jedes reformistische Charisma bleiben werden? Oder muß sich Jelzin, gerade auch mit Blick auf die westlichen Erwartungen, neue Symbolfiguren des Wandels suchen?

Der Westen könnte der russischen Regierung die unglaublich schwere Aufgabe etwas erleichtern, wenn er sich die Mühe machte, von seiner total personalistischen Sichtweise etwas abzugehen. Natürlich ist es einfacher, den Zu- und Abgang von handelnden Personen zu registrieren und zu kommentieren, anstatt zu verfolgen, was auf der politischen Arbeitsebene tatsächlich passiert. Das zweite ist zwar zeitaufwendiger, aber seriöser und besser imprägnierend gegen kurzschlüssige Fehlurteile. Zu dieser Mühe sollte sich der Westen bereit finden. Man muß Jelzin helfen, der politischen Zangenbewegung von Kommunisten und Nationalisten zu widerstehen. Das kann durch eine Wirtschaftspolitik gelingen, die weniger auf Ideologie und Theatralik setzt und ohne weltweit bekannte Namen auskommt. Vielleicht ist es sogar die einzige realistische Chance Jelzins, jetzt eine in diesem Sinne verstandene "Reform ohne Reform" zu organisieren. Denn die großen Namen sollen sich derzeit alle nicht mit dem undankbaren Regierungsgeschäft infizieren - um gesund zu bleiben für eine eventuelle Präsidentschaftskandidatur. Genau dies dürfte auch das wichtigste Motiv für Gajdars spektakuläre Entscheidung gewesen sein.

(-/19. Januar 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Kostenschätzung für Berlin überhöht** **Einige Fakten zur Versachlichung der Umzugs-Diskussion**

**Von Peter Conradi MdB**  
**Sprecher der SPD-Fraktion in der Baukommission des Bundestages**

Nach den früher genannten hohen Zahlen bewegt sich die Kostenschätzung der Bundesregierung für den Umzug nach Berlin jetzt in realistischeren Zahlen. Gleichwohl ist auch diese Kostenschätzung noch zu hoch:

- Die Kostenschätzung für Berlin nennt Kosten für den Abriß des ehemaligen Palastes der Republik und für ein Konferenzzentrum der Bundesregierung in Berlin. Beide Vorhaben sind nicht umzugsbedingt. In Bonn gibt es kein Konferenzzentrum, in Berlin dagegen ist mit dem ICC ein funktionsfähiges Konferenzzentrum vorhanden.
- Für die Neubauten und Umbauten der Ministerien liegen bislang keine Stellen- und Raumbedarfspläne vor. Nach den früher genannten Zahlen ist zu vermuten, daß die Ministerien sich nach oben "schön gerechnet", das heißt Verbesserungen ihrer Personal- und Raumsituation gegenüber dem Status quo in Bonn eingeplant haben, die nicht umzugsbedingt sind.

- Die Kosten der Umbauten für den Bundestag sind realistisch geschätzt, zumal hier bereits Haushaltsunterlagen (HU-Bau) vorliegen. Die Umbaukosten für die Regierungsbauten sind nur überschlägig und wahrscheinlich zu hoch geschätzt.
- Die Kosten für die Neubauten von Parlament und Regierung sind mit 5.500 DM (Ministerien 5.000 DM) pro qm Bruttogeschosfläche (BGF) hoch angenommen. Für die Bundestagsneubauten hat die Bundesregierung ein Verhältnis Bruttogeschosfläche (BGF) zu Hauptnutzfläche (HNF) von 1 : 3 angenommen. So errechnet sich ein Preis von rund 18.000 DM/qm HNF. In Berlin werden hochwertige Bürobauteile zur Zeit für rund 8.000 bis 10.000 DM/qm HNF erstellt.

Die Regierungskoalition redet nach außen von einem "sparsamen Umzug", intern hat sie eine teure Lösung durchgesetzt: Die Entscheidung der Bau- und Konzeptkommission, nur 1/3 der für den Bundestag benötigten Räume in umgebauten Altbauten unterzubringen und 2/3 neu zu bauen, obwohl bundeseigene und anzumietende Gebäude in zumutbarer Entfernung zur Verfügung stehen, verteuert den Umzug. In Bonn ist übrigens etwa die Hälfte der Bundestagsräume in gemieteten Gebäuden untergebracht.

Für die Um- und Neubauten des Bundestags in Berlin hat die Bundesregierung (ohne Grunderwerb) einschließlich Einrichtung Baukosten von insgesamt 2,98 Milliarden DM geschätzt. Ich habe mit Hilfe von Fachleuten eine Kostenschätzung nach DIN 276 vorgenommen und komme auf Kosten von rund 1,7 bis 2,0 Milliarden DM.

Wenn die Bundesregierung die Kosten für die Regierungsbauten ebenso hoch geschätzt hat wie für die Parlamentsbauten, dürfte in der Kostenschätzung noch einiges an "Luft" sein. Der aus Bonn erhobene Vorwurf, die Kostenschätzung der Bundesregierung sei "schön gerechnet", in Wirklichkeit sei mit weit höheren Kosten zu rechnen, ist - was die Baukosten angeht - unberechtigt.

(-/19. Januar 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Rohstoff-Verschwendung billiger als Recycling** **Politik muß diesen Zustand ändern**

**Von Hans Kolo Mdl,**  
**Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag**

Wenn man von den Marktpreisen ausgeht, lohnt sich die Wiederverwertung von Rohstoffen wirtschaftlich nur in den seltensten Fällen. Zu diesem Ergebnis komme ich nachdem ich in einer Schriftlichen Anfrage die Entwicklung der Preise in Bayern in den letzten 20 Jahren hinterfragt habe. Das Ergebnis ist, daß Primär-Rohstoffe vergleichsweise billig zu haben sind und die Kosten dafür kaum gestiegen sind.

Und die Preise bei der Abnahme von Sekundär-Rohstoffen - Altpapier, Abwasser, Bauholz, Bauschutt - sind im Keller, was ebenfalls die Bereitschaft zur Wiederverwertung in keiner Weise fördert. Dagegen wird der Bürger, der weniger Trinkwasser braucht und weniger Abwasser und Müll erzeugt, durch explodierende Ent- und Versorgungskosten belastet.

Die Situation ist eine Perversion, die von den Bürgern nicht mehr hingenommen wird und die von der Politik nicht ignoriert werden darf. Die Schere zwischen den Preisen für Recycling-Rohstoffe und Primärrohstoffe ist geradezu eine Einladung zur Ausplünderung der Natur. Notwendig ist es, die explodierenden Entsorgungskosten bereits auf die Rohstoffe aufzuschlagen und durch ordnungspolitische Maßnahmen den Raubbau an der Natur zu verringern.

Wie aus der Antwort der Staatsregierung auf meine Anfrage hervorgeht, haben sich im Freistaat in den letzten 20 Jahren die Preise Trinkwasser pro Kubikmeter von 1,00 Mark auf 2,50 Mark (plus 150 Prozent), für Abwasser pro Kubikmeter von 0,55 Mark auf 2,31 Mark (plus 320 Prozent) und für Müll (Jahresgebühr für eine einmalige wöchentliche Leerung einer kleiner Tonne) von 62 Mark auf 401 Mark (plus 540 Prozent) erhöht. Die Entwicklung in den letzten acht Jahren zeigt einen Anstieg der Ent- und Versorgungskosten bei Müll um 250 Prozent, bei Abwasser um 50 Prozent und bei Trinkwasser um 30 Prozent.

Diese erhöhten Preise sind - neben dem Abbau staatlicher Investitionen - auch darauf zurückzuführen, daß die Bürger in ihren Haushalten weniger verbrauchen: Dies müßte optimistisch stimmen. Die Belastung der Natur ist geringer. Geprüft werden muß allerdings, warum die Kosten für Ent- und Versorgungsaufgaben so explodiert sind.

Eine unmögliche Situation ist allerdings dadurch entstanden, daß Primär-Rohstoffe, die direkt der Natur entnommen werden, - wie Holz, Sand und Kies - in den letzten Jahren preisstabil geblieben sind und zwischenzeitlich billiger sind als Rohstoffe aus der Wiederverwertung. Selbst Frischwasser ist billiger als Abwasser.

Dabei wird auch das Wiederverwerten immer uninteressanter: Während die Tonne Altpapier noch vor vier Jahren rund 150 Mark einbrachte, so muß man jetzt schon 80 Mark zahlen, um das Altpapier überhaupt loszuwerden. Für die Entsorgung von Holzabfällen aus unbehandeltem Altholz müssen bis zu 150 Mark je Tonne bezahlt werden, für die Tonne unbehandelten Bauschutt bis zu 100 Mark.

Dieses Auseinanderklaffen der Preise für Sekundärrohstoffe und Primärrohstoffe ist eine Einladung zur Ausplünderung der Natur. Diesem Raubbau muß politisch begegnet werden. Ich schlage deshalb vor, daß die Entsorgungskosten bereits auf den Einstandspreis von Primärrohstoffen aufgeschlagen werden, um eine stärkere Sensibilisierung im Umgang mit Rohstoffen zu erzielen. Ebenfalls zur verstärkten Sicherung der natürlichen Ressourcen und, um zu besseren Wettbewerbschancen für Wiederverwertungsprodukte zu kommen, könnten ordnungspolitische Maßnahmen - Wiederverwertungsgebot, Zurückhaltung bei der Ausweisung von Abbaugebieten - beitragen.

(-/19. Januar 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **"Die Zukunft liegt nicht in einer Dienstbotengesellschaft"**

Bei einer Zusammenkunft des SPD-Landesvorstandes Schleswig-Holstein mit dem IG Metall Bezirk Küste am 10. Januar 1994 wurden wirtschafts- und sozialpolitische Themen von struktureller Bedeutung und die Tarifrunde in der Metallindustrie erörtert. Wir dokumentieren die Gemeinsame Erklärung.

SPD und IGM stimmen darin überein:

Der Standort Deutschland ist besser, als er zur Zeit von Unternehmern und Bundesregierung dargestellt wird. Die Fixierung allein auf die Lohnkosten stellt die Probleme auf den Kopf und verstellt den Blick auf die notwendig einzuleitenden Schritte.

Notwendig ist eine aktive Innovations-, Beschäftigungs-, Sozial- und Finanzpolitik.

Die Bundesrepublik kann gegenüber den Nachbarn, aber auch gegenüber Südostasien, Amerika oder anderen Ländern nur dann bestehen, wenn sie auf den Feldern technologische Innovation, Motivation, Engagement, Beteiligung der Arbeitnehmer und soziale Sicherheit sowie darauf beruhend sozialem Frieden ihre Spitzenposition verteidigt beziehungsweise ausbaut. Auf allen anderen Feldern - vom Sozialdumping über Steuergeschenke, Deregulierung und Abbau von Schutzrechten, sei es im Umweltschutz, im Arbeitsschutz oder im Sozialbereich - kann und darf die Bundesrepublik gegenüber Osteuropa, den Schwellen- oder Entwicklungsländern, nie konkurrenzfähig werden.

SPD und IGM stimmen darin überein, daß die von den Metallarbeitgebern für diese Tarifrunde angestrebte effektive Kürzung der Einkommen um 15 Prozent weder sozialpolitisch akzeptabel noch wirtschaftspolitisch vernünftig ist.

SPD und IGM wollen:

- den Ausbau oder Aufbau einer strategischen Industriepolitik unter Einbeziehung sozialer und ökologischer Initiativen;
- den Ausbau der Beteiligung der Arbeitnehmer über Erhaltung der Tarifverträge, Mitbestimmung und Mitwirkung am Arbeitsplatz, Aufrechterhaltung der sozialen Sicherung und Ausbau einer solidarischen Finanzierung, die die Lasten entsprechend der Leistungsfähigkeit aufbringt;
- den Aufbau eines Finanz- und Steuersystems, das dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, der Beschäftigungssicherung und der sozialen Gerechtigkeit dient.

SPD und IGM stimmen darin überein, daß angesichts der Leistungsfähigkeit moderner Produktion und Dienstleistung, der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen erste Priorität zukommt. Diese Ersatzarbeitsplätze müssen dem qualifikatorischen, sozialen und technologischen Stand der Bundesrepublik entsprechen. Die Zukunft liegt nicht in einer Dienstbotengesellschaft.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Arbeitsförderungs politik ausgebaut und vor allen Dingen der Zusammenhang zur Wirtschaftsförderungspolitik hergestellt werden. Der 2. Arbeitsmarkt muß die Brücke zum regulären Arbeitsmarkt bilden. Entsprechende Erfahrungen aus den fünf neuen Ländern oder dem Ausland müssen schnellstmöglich auch in Schleswig-Holstein umgesetzt werden. Das AFG muß entsprechend geändert werden.

SPD und IGM stimmen darin überein, daß die Probleme nur in einer Gemeinschaftsinitiative aller am Wirtschaftsleben Beteiligten gelöst werden können. Wer einseitig die Rezession für Machtverschiebungen zu seinen Gunsten ausnutzen will, schadet allen. Das gilt für die Forderung der Metall-Arbeitgeber nach Lohnabbau, Streichung des Urlaubsgeldes, Verkürzung des Urlaubs und Bestrafung der Kranken durch Urlaubskürzung bei Krankheit. Wer wie die Bundesregierung die Probleme einseitig auf Kosten der Arbeitnehmer und der sozial Schwachen lösen will, zerstört den Grundkonsens der Gesellschaft und dient letztlich nur den politischen Rattenfängern.

(-/19. Januar 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*